

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM FRÜHJAHR 1954

I. Allgemeiner Überblick

Die wahrlich harte Arbeit am Werk der europäischen Einigung wurde bisher immer wieder durch die trügerischen Hoffnungen auf Konferenzen und „Gespräche“ behindert und aufgeschoben. Das Verhalten der Russen in Berlin hat nun aber gezeigt, daß sie gar nicht zu einer echten Verständigung bereit sind, sondern nur im Interesse ihrer eigenen Ziele den Zustand der europäischen Kleinstaaterei verewigen wollen. Um so dringlicher ist es, nun die Konsequenzen aus diesen Fakten zu ziehen und die europäischen Probleme endlich mit dem nötigen Ernst und Elan anzupacken.

Als Positivum sei erwähnt, daß die *NATO* sich jetzt in verstärktem Maße dem wirtschaftlichen Bereich zuwendet. Vor allem geht es ihr darum, die Rüstungsproduktion der Atlantikpaktstaaten zu koordinieren. Die mit den Mitteln der amerikanischen Auslandshilfe finanzierten Rüstungsaufträge werden bereits international an die leistungsfähigsten Betriebe vergeben. Ebenso findet im Produktionsausschuß der *NATO* ein regelmäßiger Informationsaustausch über die technische Seite der nationalen Rüstungsprogramme statt. Dadurch werden wieder die nationalen Instanzen zu wesentlichen Rationalisierungs- und Verbesserungsmaßnahmen angeregt. Besondere Aufmerksamkeit wird zur Zeit der internationalen Normung und Typisierung der Rüstungsproduktion zugewandt. Zuerst wurde dieses Problem bei den Ersatz- und Zubehöerteilen für Militärfahrzeuge aller Art in Angriff angenommen. Elektronisches und radioelektrisches Material sowie Gasschutzgeräte sollen ebenfalls einer internationalen Normung unterworfen werden. Wenn alle diese Maßnahmen auch primär militärischen Zwecken dienen, so kommen sie doch sekundär der wirtschaftlichen Integration zugute, in dem sie die Bildung des künftigen europäischen Großmarktes von der produktionstechnischen Seite her erleichtern.

Daß trotzdem der tote Punkt der Integrationsbemühungen noch nicht überwunden ist, zeigt das Schicksal des EPG-Projektes. Um die Vorbereitungen zur Schaffung einer *Europäischen Politischen Gemeinschaft* ist es in den letzten Monaten immer stiller geworden. Zwar wurde der Vertragsentwurf schon im vorigen Jahre von der Ad-hoc-Versammlung angenommen, doch konnten sich die Außenminister (bzw. ihre Stellvertreter, die in der Hauptsache damit befaßt waren) über eine Reihe entschei-

dender Bestimmungen noch nicht einigen. So ist der Plan für ein staatlich geeintes Europa in Form eines föderativen Bundesstaates zunächst einmal durch die „hohe Kunst“ der Diplomatie hinausgezögert.

Aber ohne das politische Rahmenwerk der EPG, die auch einen gemeinsamen Markt für sämtliche Waren vorsieht, müssen alle bisherigen schon realisierten und noch beabsichtigten Formen der wirtschaftlichen Teilintegration Stückwerk bleiben. Ein Verzicht auf die staatsrechtliche Formgebung für Europa wird mit Sicherheit die Schwierigkeiten und Fliehkräfte auf integrierten Teilgebieten ganz erheblich steigern und zahlreiche neue Probleme überhaupt erst schaffen. Die Montanunion und die EZU haben mit diesen Tendenzen bereits hinreichend zu kämpfen.

Ein weiterer Beweis, daß das Instrument der Teilintegration bei alleiniger Anwendung ungeeignet ist, das organische Zusammenwachsen aller Sektoren zu einer europäischen Einheit zu fördern, zeigt im übrigen auch das Schicksal der *Agrarunion*, die nunmehr praktisch als gescheitert gelten kann. Abgesehen von den Erfahrungen und Kenntnissen agrarpolitischer Art, die im Laufe ihrer Beratungen gesammelt wurden, braucht jedoch dieses Ergebnis durchaus nicht negativ beurteilt zu werden. Wenn es mit dazu beiträgt, die Grundprobleme der europäischen Einigung klarer als bisher zu erkennen und vernünftige Folgerungen daraus zu ziehen, mag es sich später einmal als heilsame Lehre erweisen.

Worauf es heute ankommt, ist in erster Linie die Arbeit an der politischen Integration, wie sie im EPG-Projekt geplant war. Damit ist keineswegs gesagt, daß der vorliegende Vertragsentwurf schon die beste Lösung darstellt. Vielmehr lassen sich ernsthafte Argumente gegen ihn anführen. Es braucht hier nur an so wichtige Fragen, wie die räumliche Ausdehnung des zu schaffenden Großraumes (Kleineuropa oder Einschluß Skandinaviens und Englands), an das Saarproblem, an die Notwendigkeit echter Gleichberechtigung auf allen Gebieten auch und gerade für die Bundesrepublik und viele andere Dinge, erinnert zu werden.

Wie notwendig eine solche generelle Integration ist, zeigen seit Monaten die Schwierigkeiten der *Montanunion*. Wenn sie auch auf manchen Gebieten schon Beachtliches geleistet hat oder in nächster Zeit in Angriff nehmen will (so vor allem die Freizügigkeit des Arbeitsplatzwechsels für alle Arbeiter des Bergbaus und der Hüttenwerke innerhalb der Kohle-Stahl-Gemeinschaft sowie die Beseitigung der unterschiedlichen Sozialversicherungssysteme, deren Verwirklichung noch in diesem Jahr angestrebt wird), sind doch die eigentlich entscheidenden Probleme nach wie vor ungeklärt. Die konjunkturelle Lage hat viele Schwierigkeiten, die man bei der Gründung der Montanunion nicht gesehen oder bagatellisiert

hat, teilweise erst in ganzer Schärfe hervortreten lassen. So hat es die Hohe Behörde bisher nicht vermocht, durch eine zielbewußte expansive Konjunkturpolitik die wirtschaftlichen Stagnations- und Rückgangerschemungen aufzufangen. Dadurch ist wieder die Preis- und Kartellpolitik der Montanunion ganz erheblicher Kritik ausgesetzt. Manche Einwände, die hauptsächlich von wissenschaftlicher und sozialistischer Seite schon während der Diskussion des Schumanplanes vorgebracht wurden, erscheinen im Licht der heutigen Erfahrung nur allzu gerechtfertigt. Schließlich beruhen auch nicht wenige Schwierigkeiten der EZU und der Liberalisierungspolitik der OEEC auf dem Umstand, daß Europa noch keine politische Gestalt angenommen hat. Auf wirtschaftlicher Ebene allein ist eben der nationalstaatliche Souveränitätskult niemals zu überwinden. Zumindest wird er allen diesbezüglichen Versuchen solange erfolgreich Widerstand leisten können, als es den Europäern nicht gelingt, sich auf eine gemeinsame wirtschaftspolitische Konzeption zu einigen. Wie sehr auf diesem Gebiet noch ein längst überholter Dogmatismus herrscht, zeigt auch wieder die Kritik an der Politik der Montanunion. Den einen ist sie zu marktwirtschaftlich orientiert, den anderen wiederum zu planungsfreudig, während dritte sie als Superkartell kategorisieren möchten.

Das Fehlen einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Linie machte sich auch auf der zweiten *Westminster-Konferenz* der Europäischen Bewegung bemerkbar, die vom 29. Januar bis 1. Februar in London stattfand. An ihr nahmen 218 Delegierte teil, die von dem jeweiligen Nationalrat der Europabewegung und den einzelnen angeschlossenen Organisationen entsandt waren. Es handelte sich um Politiker der verschiedenen christlichen, sozialistischen, liberalen und konservativen Parteien Europas. Unternehmer, Gewerkschafter und Nationalökonom. An der Spitze der deutschen Delegation stand der Bankier *Hermann J. Abs*, der auch die Konferenz leitete. Die deutschen Gewerkschaften waren durch drei Delegierte vertreten, darunter *Ludwig Rosenberg* vom Bundesvorstand des DGB.

Angesichts der breiten Streuung der politischen und wirtschaftlichen Gruppeninteressen der Teilnehmer war es nicht weiter verwunderlich, daß ihre Ansichten in entscheidenden Fragen ziemlich auseinandergingen. Dies führte dazu, daß die drei Resolutionen, in denen die Ergebnisse der Tagung zusammengefaßt wurden, in der letzten Plenarsitzung durch Streichungen, Zusätze und textliche Milderungen stark abgeschwächt wurden.

Bei der vom Wirtschafts- und Sozialkomitee der Europabewegung einberufenen Konferenz ging es vor allem um die künftige Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa, seinen überseeischen Gebieten, dem britischen Commonwealth und den USA sowie

um die Möglichkeiten einer europäischen Wirtschaftspolitik. Die Notwendigkeit, die Investitionen in den einzelnen Ländern zu koordinieren, wurde klar herausgestellt, gerade auch im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung. Auf Anregung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Gruppen wurde in die Schlußresolution die Forderung nach Schaffung eines europäischen Investitionsinstitutes aufgenommen, das für eine Koordinierung nicht nur der öffentlichen, sondern auch der privaten Investitionen Sorge tragen soll. Als finanzielle Basis wurde in diesem Zusammenhang die Errichtung einer europäischen Investitionsbank vorgeschlagen.

Wenn es sich bei dem Kongreß auch nicht um eine offizielle Veranstaltung gehandelt hat, deren Beschlüsse bindend sind, darf doch sein Einfluß nicht verkannt werden. So hat die erste *Westminster-Konferenz*, die im Jahre 1949 stattfand, durch ihre Anregungen wesentlich dazu beigetragen, daß die damaligen Projekte zur Gründung der EZU und der Montanunion feste Formen angenommen haben. Auch von der zweiten Konferenz dürften wieder wertvolle Impulse ausgehen, zumindest was die Klärung der Standpunkte und Probleme anbelangt.

Zu den positiven Ereignissen des abgelaufenen Vierteljahres gehört zweifellos auch die Bildung der „*Arbeitsgemeinschaft für europäische Zusammenarbeit*“ beim Parteivorstand der SPD, deren erste Sitzung am 18. Januar in Bonn unter Vorsitz von *Erich Ollenhauer* stattgefunden hat. Die Bildung dieses Gremiums ist eines der ersten Ergebnisse der geistigen Erneuerung, die seit dem 6. September in der deutschen Sozialdemokratie im Gange ist. Gerade der Vorwurf der „*Europafeindlichkeit*“, der von den Regierungsparteien immer wieder gegen die SPD vorgebracht wurde, hat nicht unwesentlich zum Ausgang der Bundestagswahlen beigetragen. Daß es sich bei dieser Behauptung um eine bewußte Irreführung der Wählermassen gehandelt hat, ist von der SPD nicht rechtzeitig in ihrer psychologischen Bedeutung erkannt worden. Dieses Versäumnis soll nun nachgeholt und die Öffentlichkeit in verstärktem Maße darüber aufgeklärt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie durchaus positiv zur europäischen Integration steht. Nur wünscht sie dafür bessere Formen als die seit 1949 geschaffenen, denen allzu viele Mängel anhaften, sowohl unter allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten wie auch im Hinblick auf die Interessen der Arbeitnehmerschaft.

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß die Deutsche Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE = *Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe*) nun—auch ein eigenes Informationsblatt unter dem Titel „*Europa der Arbeit*“ herausgibt.

Die erste Ausgabe von „Europa der Arbeit“ vom März 1954 enthält die Arbeitsthesen zur europäischen Integration, die der Rat der deutschen Sektion der MSEUE in seiner Sitzung am 14. Februar in Bremen beschlossen hat. Sie betonen vor allem die Notwendigkeit der politischen Einigung Europas. Sodann berichten *Hermann L. Brill* über die erwähnte sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für europäische Zusammenarbeit und *Karl Kühne* über die Verhandlungen und Ergebnisse der Westminister-Konferenz. An weiteren Beiträgen enthält das erste Heft noch das viel beachtete Referat des französischen Sozialisten *Andre Philip* über europäische Wirtschaftspolitik, das dieser auf der Europäischen Arbeitstagung der MSEUE im November vorigen Jahres in Frankfurt gehalten hat, sowie die Schlußresolution dieser Tagung. Auf die neue Zeitschrift, die eine wesentliche Lücke füllt, sei hier um so nachdrücklicher hingewiesen, weil in weiten Kreisen der falsche Eindruck entstanden ist, als gebe es in Deutschland nur eine europäische Konzeption, nämlich diejenige der Regierungsparteien oder konkreter: des Bundeskanzlers.

II. Die Lage auf einzelnen Integrationssektoren

Die OEEC

Die Tätigkeit der Organisation für Europäische Wirtschaftszusammenarbeit stand im abgelaufenen Quartal im Zeichen der für dieses Frühjahr vorgesehenen Entscheidungen über die Zukunft des Handels- und Zahlungsverkehrs in Europa. Damit ist die OEEC wieder einmal an einem entscheidenden Punkt ihrer krisenreichen Entwicklung angelangt. Aber im Gegensatz zu manchen kritischen Stadien der Vergangenheit wird heute allgemein anerkannt, daß der kräftige Aufschwung der europäischen Volkswirtschaften in den letzten Jahren erst durch die Zusammenarbeit in der OEEC ermöglicht wurde. Hinzu kommt, daß auch die Ergebnisse der Berliner Viermächtekonferenz das europäische Gemeinschaftsbewußtsein verstärkt haben. Andererseits gibt das sich allmählich abzeichnende Nachlassen des amerikanischen Interesses an den wirtschaftlichen Problemen Europas den einsichtigen Kräften genügend Antriebe zur Besinnung auf die gegenseitige Abhängigkeit aller westeuropäischen Länder. Vor allem der viel zitierte *Randall-Report* über die künftige amerikanische Handelspolitik hat hier ernüchternd gewirkt. Die vom amerikanischen Kongreß eingesetzte *Randall-Kommission* hat sich nicht für die von Europa erwartete Beseitigung der protektionistischen Handelsschranken ausgesprochen, sondern im wesentlichen nur für eine gewisse Milderung des bestehenden Systems, das den

europäischen Export nach den USA so sehr behindert.

Wenn auch zu erwarten ist, daß sich bei den kommenden Besprechungen über die Reform der OEEC und ihrer Politik die gemeinsamen europäischen Interessen stärker erweisen als die nationalen Sonderwünsche einzelner Länder, dürfen doch die Probleme nicht unterschätzt werden. Während es in den ersten Jahren der OEEC darum ging, die strukturellen Folgen des Krieges zu überwinden, sind nun an die Stelle der Strukturschwächen Wachstumsschwierigkeiten getreten. Die Zahlungsbilanzen, die Währungssituation und die innere Finanzlage der OEEC-Staaten haben sich zwar insgesamt sehr wesentlich gebessert, doch hat die Entwicklung der einzelnen Mitglieder einen ungleichmäßigen Verlauf genommen. Vor allem in der Frage der Liberalisierung des innereuropäischen Handels haben sich aus diesem Tatbestand immer wieder neue Verzögerungen ergeben, die sich entsprechend auch auf den innereuropäischen Zahlungsverkehr im Rahmen der EZU auswirken. Schließlich mindert auch die Furcht vor einem Konjunkturrückgang das Vertrauen auf die Zukunft.

Um die Liberalisierung voranzutreiben, hatte der Ministerrat, der OEEC im Herbst vorigen Jahres sämtliche Mitglieder aufgefordert die Organisation Denkschriften über die Gründe der Beibehaltung der noch gestehenden Einfuhrkontingente einzureichen. Auf Grund dieser Unterlagen soll dann in diesem Frühjahr die künftige handelspolitische Linie der OEEC festgelegt werden. Die Ablieferung dieser Denkschriften erfolgte teilweise mit großer Verspätung. Das Hauptproblem bildet nach wie vor Frankreich, dessen Wareneinfuhr erst 17,9 vH liberalisiert ist (bei einem Pflichtenatz von 75 vH für alle OEEC-Staaten).

Große Beachtung fanden die Untersuchungen über die Wirtschaftslage der OEEC-Staaten, die seit Dezember vorigen Jahres im Zusammenhang mit dem fünften Jahresbericht der Organisation erschienen sind. Ihre Bedeutung erhalten diese Länderberichte vor allem durch den Umstand, daß sie nicht, wie sonst meist üblich, unverbindliche Äußerungen von Sachverständigen sind, sondern Stellungnahmen der in der OEEC zusammengeschlossenen Staaten zur Wirtschaftslage und -politik der einzelnen Mitglieder (deren Regierungen sich selbst ebenfalls dazu äußern müssen). In einem Gremium gleichberechtigter Partner werden also jeweils die Probleme eines Mitgliedes von allen erörtert. Da die Berichte dann einstimmig von sämtlichen Mitgliedern gebilligt werden müssen, kann der Wortlaut erst nach langwierigen Verhandlungen festgelegt werden. Aber darin liegt trotz aller Umständlichkeit ein fruchtbares Prinzip. Denn diese Berichte sind nun dazu geeignet, einen gewissen Einfluß auf die von den einzelnen Regierungen befolgte Wirt-

Schaftspolitik auszuüben. Was noch vor wenigen Jahren als unbefugte Einmischung in die nationalen Souveränitätsrechte mit Empörung abgelehnt worden wäre, ist hier im Zeichen der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit Wirklichkeit geworden. Die OEEC-Staaten sind heute bereit, das Urteil der übrigen Mitglieder über ihre innere Wirtschaftslage entgegenzunehmen und ihm bis zu einem gewissen Grade bei ihrer künftigen Wirtschaftspolitik auch Rechnung zu tragen.

Im Bericht über Deutschland wird u. a. eine weitere Steigerung des privaten Konsums vor allem bei dauerhaften Gebrauchsgütern vorausgesagt. Im Hinblick auf die Investitionstätigkeit empfiehlt die OEEC, das bisherige Niveau wenigstens aufrechtzuerhalten, um damit die Wege zu einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu öffnen. Als einer der bedeutendsten Aspekte der deutschen Situation wird das ständige Anwachsen der Exporte bezeichnet, das weit größer gewesen ist, als noch Ende 1952 im vierten Jahresbericht der OEEC geschätzt wurde.

Aufsehen erregte sodann eine Anfang März veröffentlichte Untersuchung der OEEC über die internationale Vergleichbarkeit des Volkseinkommens und der Kaufkraft. Damit wurde ein statistisches Problem angepackt, das bisher nur unbefriedigend gelöst war und zu vielen Mißverständnissen, vor allem in der breiteren Öffentlichkeit, Anlaß gegeben hatte. Die Untersuchung kritisiert die Unzulänglichkeit der bisher angewandten Methoden, die im wesentlichen auf einer Umrechnung der europäischen Volkseinkommen in Dollar beruhen. Anschließend wird ein neues Verfahren entwickelt, das auf der gütermäßigen Zusammensetzung des Volkseinkommens basiert.

Das bemerkenswerte Ergebnis dieser OEEC-Studie ist die Feststellung, daß die europäischen Länder im Vergleich zu den USA gar nicht so arm sind, wie allgemein angenommen wurde. Berücksichtigt man nämlich in methodisch sinnvoller Weise die sehr beachtlichen Unterschiede in den Preisen und Verbrauchsgewohnheiten, die bei den bisherigen Berechnungen vernachlässigt wurden, so erhält man für Europa Je-Kopf-Zahlen, die teilweise wesentlich höher liegen als die üblichen Angaben. Für 1950 wurden mit der neuen Methode folgende Werte errechnet: (in Klammern: Ergebnisse des alten Verfahrens): USA 1810 (1810) Dollar, Großbritannien 1041 (677) Dollar, Frankreich 860 (634) Dollar, Deutschland 689 (467) Dollar und Italien 465 (292) Dollar. Das Volkseinkommen der vier großen europäischen Länder erreichte also schon 1950 im Durchschnitt je Kopf die Hälfte des amerikanischen, während es bei der früheren Methode nur mit rund 35 vH bewertet wurde.

Die Agrarunion

Ende Februar hatte der im März 1953 von der damaligen Europäischen Agrarkonferenz eingesetzte Interimsausschuß seine Arbeiten mit der Fertigstellung eines Berichtes abgeschlossen, der darauf den Landwirtschaftsministern der beteiligten Länder zugeleitet wurde. Ursprünglich war als Termin hierfür der 31. Oktober 1953 festgesetzt worden, doch verzögerte sich die Ablieferung um vier Monate, weil die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten nicht zu überbrücken waren.

Im Prinzip ging es darum, ob eine Europäische Agrarunion mit einer selbständigen Hohen Agrarbehörde als neues Instrument der Teilintegration neben Montanunion und EZU treten soll oder ob es zweckmäßiger ist, den ganzen Fragenkomplex zunächst einmal zur weiteren Beratung der OEEC zu übertragen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da sich im Laufe der langen Beratungen die Zahl der Anhänger einer Agrarunion verminderte. Im Endergebnis sprach sich etwa die Hälfte aller Teilnehmer mit Frankreich und Deutschland an der Spitze für die Schaffung einer Agrarunion aus, während die übrigen Staaten, vor allem die Schweiz, Großbritannien, Italien und die Niederlande, für eine Überweisung dieses Projektes an die OEEC eintraten, ohne sich allerdings darüber einigen zu können, was dann geschehen soll.

Zur Klärung dieser Angelegenheit ist eine neue Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister in Aussicht genommen, die vermutlich nach Ostern in Paris stattfinden wird. Sie soll sich für eine der beiden vorgeschlagenen Lösungen entscheiden. Daß sie sich zugunsten der Agrarunion ausspricht, gilt als unwahrscheinlich. Theoretisch möglich erscheint nur noch eine Agrarunion in wesentlich kleinerem Umfang. Praktisch kann aber der auf französische Initiative zurückgehende Plan, die europäische Landwirtschaft in einem „grünen Pool“ zu vereinigen, als vorerst gescheitert gehen. Trotzdem ist die darauf verwendete Zeit und Arbeit nicht nutzlos gewesen. Im Gegenteil, der Interimsausschuß hat eine Reihe sehr interessanter und nützlicher Untersuchungen durchgeführt, die wesentlich zur Vertiefung der Kenntnisse von der Struktur der europäischen Landwirtschaft und dem Aufbau der Agrarmärkte beitragen. Auch ist zu erwarten, daß diese Forschungsergebnisse der Ansatzpunkt von Maßnahmen zum Zwecke der agrarischen Produktivitätssteigerung werden. Im übrigen hat sich mehr und mehr der Erkenntnis durchgesetzt, daß der Agrarsektor, wie bereits im ersten Teile dieser Chronik erwähnt, nur im Rahmen einer generellen politischen Integration von seinen nationalen Fesseln befreit werden kann. DR. E. TUCHTFELDT